



**Alternative**  
für  
**Deutschland**

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

# FRAKTION KOMPAKT

Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion

April - 2024

Ausgabe 9

# Wohlstand sichern

Die AfD-Fraktion kämpft für  
eine lebenswerte Heimat



Auch als digitale Version:

[www.afdbundestag.de/fraktionkompakt/](http://www.afdbundestag.de/fraktionkompakt/)

# INHALT



**RETTET DEN DEUTSCHEN MITTELSTAND**



**BÜRGERGELD UND KEIN ENDE**

- 3 **VORWORT**
- 4 **RECHTSSTAAT UND DEMOKRATIE VERTEIDIGEN – DEUTSCHLAND WIEDER AUF KURS BRINGEN**  
Ob Energie-, Migrations- oder Haushaltspolitik: Die Realität hat die AfD-Fraktion bestätigt
- 8 **BAUERNAUFSTAND IN DEUTSCHLAND**  
Die Landwirte sollen für die Ampel die Löcher im Bundeshaushalt stopfen. Die AfD-Fraktion weist diese Forderungen entschieden zurück
- 12 **DIE AUSSCHUSSMITGLIEDER DER AfD-FRAKTION**  
Turnusgemäß wurden nach zwei Jahren die Mitglieder der parlamentarischen Fachausschüsse neu gewählt
- 14 **RETTET DEN DEUTSCHEN MITTELSTAND**  
Sofortprogramm der AfD-Bundestagsfraktion zur Rettung des Mittelstands
- 16 **BÜRGERGELD UND KEIN ENDE**  
Die AfD-Fraktion hatte davor gewarnt: Die Kosten für das sogenannte Bürgergeld steigen rasant – ein Ende der finanziellen Überlastung unserer Sozialsysteme ist nicht absehbar
- 20 **WAS FOLGT AUS PISA?**  
Erneut fällt die Bilanz der PISA-Studie für Deutschlands Schüler ernüchternd aus. Die AfD-Fraktion zeigt, wie wir aus der Bildungsmisere herausfinden und wieder zur Wissensnation werden
- 22 **ZEIT FÜR GRUNDSÄTZLICHES**  
Jahresanfangsklausur der AfD-Fraktion
- 23 **AfD-FRAKTION LÄDT DIE PRESSE EIN**  
Großes Interesse für den Presseempfang der AfD-Fraktion

## JETZT ABONNIEREN!

Sie können das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion **kostenfrei abonnieren**.

Sie erhalten dann jede neue Ausgabe von **Fraktion Kompakt** bequem per Post in einem **neutralen Umschlag**.





## Es tut sich etwas

**W**er hätte das gedacht: Im hochindustrialisierten Deutschland fassen sich ausgerechnet die Bauern ein Herz und stehen gegen die unverantwortliche Politik der Ampelregierung auf. Auch wenn der Auslöser die Streichung der Vergünstigungen für Agrardiesel war, sind die kilometerlangen Trecker-Kolonnen längst zu einem eindrucksvollen Misstrauensvotum gegen die gesamte Politik der Bundesregierung geworden.

Und die Landwirte sind nicht allein: Anders als die Klimakleber stoßen die Bauern, denen sich zudem längst schon andere Branchen wie Handwerker und Fuhrunternehmer angeschlossen haben, bei vielen Bürgern auf Verständnis, ja auf Sympathie. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass von vielen Medien versucht wird, die Protestwelle kleinzureden oder gar ganz zu verschweigen. Doch wer mit wachen Augen durch unser Land fährt, der sieht: Es tut sich etwas!

Für die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag sind die anhaltenden Proteste eine Ermutigung für ihre tägliche Arbeit. Wir haben von Anfang an vor den katastrophalen Folgen der ideologiegetriebenen Politik von SPD, Grünen und FDP gewarnt und wurden leider immer wieder bestätigt. Ob bei der desaströsen Energiepolitik, der verantwortungslosen Migrationspolitik, den immer schärfer werdenden Angriffen auf die Meinungsfreiheit oder aber bei der brandgefährlichen Unterstützung der Ukraine im Krieg mit Russland: Die Politik der Ampel gefährdet unseren Wohlstand, unsere innere und äußere Sicherheit und den Zusammenhalt, kurz – die Zukunft unseres Landes.

Wir haben daher in dieser Ausgabe von Fraktion Kompakt wieder eine Auswahl an Konzepten und parlamentarischen Initiativen der AfD-Fraktion zusammengestellt, die zeigt: Es geht auch anders, es gibt eine Alternative zur verhängnisvollen Politik der Ampelregierung. Und wir sind überzeugt: Am Ende wird sich die Politik des gesunden Menschenverstandes durchsetzen. Zum Wohle unseres Landes und seiner Bürger.

**Dr. Alice Weidel** MdB  
Fraktionsvorsitzende

**Tino Chrupalla** MdB  
Fraktionsvorsitzender

# Rechtsstaat und Demokrat verteidigen – Deutschland auf Kurs bringen

## Ob Energie-, Migrations- oder Haushaltspolitik: Die Realität hat die AfD-Fraktion bestätigt

**E**s ist offensichtlich: 2024 wird ein Jahr der bitteren Wahrheiten für eine zerstrittene Regierungskoalition, die zusehends an der Realität der Zahlen und Tatsachen scheitert. Statt tatkräftig Politik im Interesse Deutschlands zu gestalten, vermitteln ihre Minister den Eindruck, dass sie zugunsten ihrer ideologischen Lieblingsprojekte beharrlich über Fakten hinwegsehen. Gleichzeitig kommt die zahlenmäßig größte Oppositionsfraktion ihrer Kernaufgabe nicht nach, überzeugende Alternativen zur Regierungspolitik anzubieten.

### Vernünftige Energiepolitik statt ideologiegetriebene »Transformation«

Diese Alternativen werden jedoch dringender denn je gebraucht. Mit ihrem zentralen Projekt der »Transformation« Deutschlands und der deutschen Volkswirtschaft in eine ökosozialistische Planwirtschaft führt die Ampelkoalition unser Land sehenden Auges in ein Desaster, indem sie die gesamte Wirtschaft, das private Leben der Bürger und jegliches staatliche Handeln auf das Erreichen einer sogenannten »Klimaneutralität« ausrichtet.

Der unter dem Titel »Energiewende nicht auf Kurs« vorgelegte Bericht des Bundesrechnungshofes gleicht einer Generalabrechnung mit der gescheiterten Energiewende, die praktisch alle Kritikpunkte der AfD-Fraktion bestätigt. Einer Studie der Förderbank KfW zufolge wird die Umsetzung der sogenannten »Klimaziele« Deutschland bis zum Jahr 2045 rund fünf Billionen Euro kosten; eine halbe Billion von dieser exorbitanten Summe wurde für dieses fragwürdige Projekt bereits in den Sand gesetzt. Bekommen haben die Deutschen dafür übermäßig gestiegene Strompreise, eine fehlende Versorgungssicherheit und immanente Blackout-Gefahr sowie unerreichbare Ausbauziele, inklusive Vogelsterben und Landschaftszerstörung.

Deutschland steht an einem Scheideweg. Die Politik muss sich entscheiden: Entweder Industrieland und Wohlstand oder Energiewende, Transformation und Verarmung. Wirtschaftsminister Robert Habeck und die ihm unterstehenden Behörden scheinen ihre Entscheidung gefällt zu haben: Für die Erreichung der selbst gesetzten Klimaziele nimmt die Bundesregierung Produktionsrück-

# ie wieder



gänge, Unternehmensabwanderungen und höhere Stromimporte aus dem Ausland – oder kurz gesagt: die Deindustrialisierung Deutschlands – in Kauf.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat die Gefahren dieser Politik immer klar benannt. Für uns liegt die logische Konsequenz auf der Hand: Die Energiewende muss rückabgewickelt werden. Die Versorgungssicherheit, wettbewerbsfähige und soziale Energiepreise und nicht zuletzt die Umweltfreundlichkeit der Energieversorgung müssen in der Energiepolitik wieder Priorität haben. Die von uns geforderte Reaktivierung der abgeschalteten modernen Kernkraftwerke und der Ausstieg aus dem Kohleausstieg sind hierfür unabdingbare Sofortmaßnahmen.

## **Migration bleibt weiter außer Kontrolle**

Auf Katastrophenkurs befindet sich nach wie vor auch die Migrationspolitik in Deutschland. Die illegale und irreguläre Migration nach Deutschland und in die deutschen Sozialsysteme bleibt weiter-

hin auf Höchststand. Städte, Kreise und Kommunen sind mit der Unterbringung der Flüchtlinge hoffnungslos überfordert. Der nicht abbreisende Zustrom zwingt sie, die eigenen Bürger zurückzusetzen und massiv zu benachteiligen.



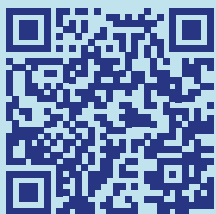
Katastrophenkurs in der Migrationspolitik

Deren Geduld wird auf die Probe gestellt, denn die deutschen Bürger bezahlen nicht nur mit ihren Steuern und Abgaben sowie wachsenden Problemen auf dem Wohnungsmarkt für das Migrations-

Elf-Punkte-Plan zum Schutz der Grenzen und vor unregulierter Massenmigration sofort umsetzen – Frühzeitige Unterrichtung des Parlaments bei kritischen Massenmigrationslagen sicherstellen

Drucksache 20/6485

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/064/2006485.pdf>



Für die Wiederherstellung einer kostengünstigen, sicheren und souveränen Energieversorgung – Betriebsfähige Kernkraftwerke reaktivieren und Kernenergie konsequent ausbauen

Drucksache 20/9155

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/091/2009155.pdf>



desaster – die ungehemmte Migration geht zudem mit einem Gefühl des Verlusts von Heimat und innerer Sicherheit einher. Der angesichts der sich häufenden Meldungen über Messerdelikte, Gewaltexzesse und Sexualverbrechen durch Zuwanderer weithin empfundene Verlust des Sicherheitsgefühls im öffentlichen Raum spiegelt sich aber auch faktisch in den Kriminalstatistiken wider: Zuwanderer sind, insbesondere bei Rohheitsdelikten, gemessen am Bevölkerungsanteil stark überrepräsentiert.

Anstatt jedoch entschlossen an einer Lösung dieser drängenden Probleme zu arbeiten, spielt die Regierungskoalition mit Maßnahmen und Beschlüssen, die allenfalls erst in einigen Jahren Wirkung zeigen könnten, auf Zeit. Den Bürgern bietet sich dabei ein fortwährendes Trauerspiel aus wechselseitigem Schulterklopfen, Schönreden und Vertagen. Indes bedienen sich die Ampelminister neuer Hilfsmittel, die die Massenmigration zementieren: Vereinfachte Aufenthaltsberechtigungen, schnellere Einbürgerungen und garantierte Rechtsbeistände gegen Abschiebungen auch für bereits rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber sind weitere mächtige Magneten für eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme. Illegale Migranten in großem Stil per »Chancen-Aufenthaltsrecht« zu legalisieren, ist lediglich eine Trickserei mit der Statistik.

Die Forderung zur Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber seitens der Bundesregierung greift – wenn auch nur in Teilen – die bereits seit Langem von der AfD-Fraktion geäußerte Forderung zur Abschaffung von Bargeldleistungen für Asylbe-

werber und deren Ersetzung durch Sachleistungen auf, um einen wesentlichen Migrationsanreiz zu beseitigen. Die endlose Debatte über das Konzept und dessen Blockade wie auch die Aufweichung der Forderung durch Grüne und Asyllobby zeigt deutlich: Der Handlungsdruck ist groß. Die Konzepte der AfD-Fraktion weisen in dieser Debatte den richtigen Weg – doch für eine erfolgreiche Umsetzung bedarf es einer Regierungsbeteiligung der Alternative für Deutschland.

### Die Ampelregierung betreibt weiterhin Verfassungsbruch

Unsere Konzepte zur Lösung der Migrationskrise orientieren sich strikt an der Maxime, Recht und Gesetz wieder uneingeschränkt Geltung zu verschaffen – daran führt kein Weg vorbei. Ohne die wirksame Schließung der Grenzen einschließlich der Verhinderung illegaler Grenzübertritte, ohne die konsequente Abschiebung nicht aufenthaltsberechtigter Ausländer, ohne eine grundlegende Reform des Asyl-, Aufenthalts- und Staatsbürgerschaftsrechts sowie die Streichung von finanziellen und sozialpolitischen Einwanderungsanreizen wird sich der Migrationskollaps nicht abwenden lassen.

Das Kalkül der Ampelregierung, ihre ideologisch motivierte Transformationspolitik durch eine ungezügelt Ausweitung von Staatsausgaben und Staatsverschuldung zu finanzieren, ist nicht aufgegangen. Das Bundesverfassungsgericht hat der Praxis, ein Vielfaches der regulären Nettokredit-



aufnahme an der vom Grundgesetz vorgegebenen Schuldenbremse vorbei in Schattenhaushalten und »Sondervermögen« zu verstecken, einen Riegel vorgeschoben. Doch auch der nachgebesserte Bundeshaushalt für 2024 ist verfassungswidrig und enthält unzulässige zusätzliche Schulden. Die AfD-Bundestagsfraktion hat diesen Umstand in der gebotenen Deutlichkeit kritisiert. Einer abermaligen Normenkontrollklage, der sich die Unionsfraktion bislang verweigert, müssten sich 25 Prozent der Bundestagsabgeordneten anschließen. Dieses Quorum kann die AfD-Fraktion, trotz kontinuierlich steigender Umfragewerte, derzeit noch nicht erreichen.

### **Keine Bereitschaft, den falschen Kurs zu ändern**

Die Bundesregierung wiederum zeigt – trotz ihrer historisch schlechten Zustimmungswerte in der Bevölkerung – keinerlei Einsicht oder Bereitschaft, ihren von einer großen Mehrheit der Deutschen abgelehnten Kurs zu korrigieren. Stattdessen versucht sie verzweifelt, mit noch drastischeren Steuerlasten und regelwidrigen Schulden ihre Politik der »klimaneutralen« und multikulturalistischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, ihre Politik der Deindustrialisierung und Massenmigration, der Bevormundung und ideologischen Durchdringung aller Lebensbereiche weiter voranzutreiben.

Um den Widerspruch gegen ihre Politik zu ersticken und das Erstarken der Opposition zu bremsen, verstoßen die Minister der Ampelkoalition wiederholt gegen die Verfassung und Rechtsstaatlichkeit.

Begleitet durch eine beispiellose Politik- und Medienkampagne treiben sie Gesetzesvorhaben voran, die der Willkür gegen Andersdenkende Tür und Tor öffnen. Das »Maßnahmenpaket« der Bundesinnenministerin Nancy Faeser »gegen rechts« und das »Demokratieförderungsgesetz« der Bundesfamilienministerin Lisa Paus zielen darauf ab, unliebsame Meinungen zu kriminalisieren, Andersdenkende mit repressiven Handlungen einzuschüchtern und die eigenen Parteigänger aus Steuermitteln zu finanzieren und zu mobilisieren. Namhafte Staatsrechtler schlagen bereits Alarm, ausländische Beobachter sorgen sich aus gutem Grund um den Zustand der deutschen Demokratie.

Als Fraktion, die sich dem Grundgesetz und Rechtsstaat verpflichtet fühlt, werden wir uns davon jedoch nicht beirren lassen. Die Realität hat unsere Positionen in allen wesentlichen Punkten zweifellos bestätigt. Wir werden uns auch weiterhin sachlich und besonnen dafür einsetzen, eine alternative, bessere Politik für Deutschland möglich zu machen.

**Scharfer Disput über Meinungsfreiheit in Deutschland**

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw08-de-aktuelle-stunde-meinungsfreiheit-990908>



# Bauernaufstand in Deutschland

**Die Landwirte sollen für die Ampel die Löcher im Bundeshaushalt stopfen. Die AfD-Fraktion weist diese Forderungen entschieden zurück**

**D**eutschland ist in Aufruhr. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im November 2023 urteilte, dass die Zweckentfremdung von Mitteln aus dem sogenannten Corona-Sondervermögen verfassungswidrig sei, fehlten der Ampelregierung plötzlich 60 Milliarden Euro, die sie für ihre zahlreichen ideologischen Klimaprojekte eingeplant hatte. Doch statt zu sparen, verlangte die Bundesregierung im entsprechenden Nachtragshaushalt von Bürgern und Unternehmen höhere Abgaben.

Für die Landwirtschaft war vorgesehen, die Steuerbegünstigung für Agrardiesel sowie die Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge ersatzlos zu streichen. Pläne, die von der AfD-Fraktion umgehend abgelehnt wurden. Die von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen hätten für die bäuerlichen Betriebe zu einer zusätzlichen steuerlichen Belastung von etwa 900 Millionen Euro geführt. Daraufhin formierte sich in den ländlichen

Regionen massiver Protest und nur wenige Tage später standen tausende deutscher Bauern vor dem Brandenburger Tor in Berlin, um gegen die Absichten der Bundesregierung zu demonstrieren.

Mittlerweile haben sich diese Bauernproteste auf fast ganz Europa ausgeweitet. Die Forderungen sind überall dieselben und decken sich mit den Positionen der AfD-Bundestagsfraktion: Weg mit dem sogenannten Green Deal der Europäischen Union, weniger Bürokratie, Kosten senken, fairere Preise, Schutz vor Billigimporten aus Drittstaaten. Für uns stand mit Beginn der Bauernproteste fest, dass wir uns geschlossen an die Seite der deutschen Bauern stellen und ihre Anliegen in den Deutschen Bundestag tragen.

Die Landwirte gingen, unterstützt von Handwerkern und Spediteuren, in ganz Deutschland in beeindruckender Zahl auf die Straße. Umfragen zeigten, dass sich rund 90 Prozent der Bevölkerung mit





Bildquelle: stock.adobe.com / Alexander Ryabko

diesen legitimen Protesten solidarisieren. Der dadurch erzeugte Druck auf die Bundesregierung war so groß, dass eine Reaktion der Regierungsparteien und der sie stützenden Presse nicht lange auf sich warten ließ.

Schnell wurden in den Massenmedien die ersten Stimmen laut, die davor warnten, dass »Rechtsextremisten« versuchen könnten, die Bauernproteste zu unterwandern. Frei nach dem Motto: »Wird der Bauer unbequem, ist er plötzlich rechtsextrem!«. Ein durchschaubarer Versuch, die berechtigten Anliegen der Bauern gezielt zu diffamieren.

### **Gezielt Stimmung gegen Landwirte geschürt**

Den traurigen Höhepunkt erreichte die propagandistische Berichterstattung mit dem »Sturm auf die Habeck-Fähre«. Aus einer spontanen und friedlichen Demonstration einiger Bauern am Fähranle-

ger im schleswig-holsteinischen Schlüttsiel machten die öffentlichen Medien einen regelrechten Anschlagversuch auf den grünen Wirtschaftsminister. Mit abwertenden Bezeichnungen wie »Bauern-Lynch« oder »Kartoffelmob« wurden die Teilnehmer an den Bauernprotesten verunglimpft.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mahnte, dass Demokraten sich genau überlegen sollten, mit wem sie bei den Bauerndemonstrationen zusammen auf die Straße gehen. Der grüne Landwirtschaftsminister Cem Özdemir behauptete, dass die Beteiligten »feuchte Träume von Umstürzen« hätten und die Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Britta Haßelmann sprach gar von einer »gewalttätigen Aktion gegen Robert Habeck«. Am Ende stellte sich heraus, dass es keinerlei Gewalt auf der Fähre gab, mit der der Bundeswirtschaftsminister unterwegs war.



Berechtigte Forderungen der Landwirte

Die gewünschte Wirkung wurde dennoch erzielt. Der Präsident des Deutschen Bauernverbands Joachim Rukwied distanzierte sich direkt von der Aktion und erklärte öffentlich, dass die Teilnahme rechter Gruppierungen an den Bauernprotesten unerwünscht sei. »Rechte und andere radikale Gruppierungen mit Umsturzgelüsten wollen wir auf unseren Demos nicht haben«, sagte er in Bild am Sonntag. Mit seiner Distanzierung hat er jedoch die falschen Vorwürfe legitimiert und ist seinen Bauern damit, wie von der politischen Linken beabsichtigt, in den Rücken gefallen.

Ungeachtet der Vorhaltungen und Anfeindungen streiten die Landwirte weiterhin für die Zukunft ihrer Betriebe. Andere Branchen schließen sich ihnen an.

### **AfD-Fraktion steht an der Seite der Landwirte**

Im Januar und Februar 2024, in einer Phase zunehmender Bauerndemonstrationen, befassten sich die Medien aber kaum noch mit deren Forderungen oder den Fehlleistungen der Bundesregierung, sondern thematisierten in ihrer Berichterstattung nahezu ausschließlich die Correctiv-Schmutz-

kampagne gegen die AfD und unterstellten dabei auch der AfD-Bundestagsfraktion den Willen zum Rechtsbruch. Über »Demos gegen rechts« wurde breit informiert, die Bauernproteste erwähnte der öffentlich-rechtliche Rundfunk dagegen nur noch am Rande.

Der Bundespräsident meldete sich auch hier zu Wort. »Die Demokraten in unserem Land sind aufgestanden«, lobte er die Demonstrationen. Bemerkenswert, weil dort – anders als bei den Bauernprotesten – tatsächlich extremistische Gruppierungen mitmarschieren. Für die linksgrünen Politiker, die bei den Bauernprotesten so laut nach Distanzierungen riefen, scheint dieser Umstand überhaupt kein Problem darzustellen.

Die AfD-Bundestagsfraktion gab im Deutschen Bundestag den Landwirten bereits eine Stimme, bevor die friedlichen Bauernproteste begannen. Wir werden die Interessen der Landwirte auch weiterhin unmissverständlich im Bundestag vertreten und einer Regierungspolitik auf Kosten der Bevölkerung mit parlamentarischen Initiativen Einhalt gebieten.

Spürbare Entlastung der heimischen Landwirtschaft durch eine Verdopplung der Agrardieselerstattung

Drucksache 20/10056

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/100/2010056.pdf>



Deutsche Bauern nicht erneut belasten – Steuervergünstigung für Agrardiesel

Drucksache 20/10055

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/100/2010055.pdf>



Protestteilnehmer in Berlin: AfD-Fraktion an der Seite der Landwirte

# Die Ausschussmitglieder der AfD

Turnusgemäß wurden nach zwei Jahren die Ausschussmitglieder der AfD-Diese bilden zugleich die Arbeitskreise der Fraktion.

<b>01 - Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung</b>
<b>Stephan Brandner *</b>
<b>N. N.</b>
Andreas Bleck
Fabian Jacobi

<b>02 - Petitionsausschuss</b>
<b>Dirk Brandes *</b>
<b>Gereon Bollmann **</b>
<b>N.N.</b>
<b>Dr. Rainer Rothfuß</b>
Mike Moncksek
Wolfgang Wiehle
Kay-Uwe Ziegler

<b>03 - Auswärtiger Ausschuss</b>
<b>Matthias Moosdorf *</b>
<b>Joachim Wundrak **</b>
<b>Petr Bystron</b>
<b>Dr. Alexander Gauland</b>
<b>Stefan Keuter</b>
Markus Frohnmaier
Steffen Kotré
Gerold Otten
Eugen Schmidt
Beatrix von Storch

<b>04 - Ausschuss für Inneres und Migration</b>
<b>Dr. Gottfried Curio *</b>
<b>Martin Hess **</b>
<b>Dr. Bernd Baumann</b>
<b>Steffen Janich</b>
<b>Dr. Christian Wirth</b>
Barbara Benkstein
Marc Bernhard
Marcus Bühl
Mariana Harder-Kühnel
Jochen Haug

<b>05 - Sportausschuss</b>
<b>Jörn König *</b>
<b>Klaus Stöber **</b>
Andreas Bleck
Edgar Naujok

<b>06 - Rechtsausschuss</b>
<b>Tobias Matthias Peterka *</b>
<b>Stephan Brandner</b>
<b>Fabian Jacobi</b>
<b>N. N.</b>
Roger Beckamp
Mariana Harder-Kühnel
Jochen Haug
Dr. Christian Wirth

<b>07 - Finanzausschuss</b>
<b>Kay Gottschalk *</b>
<b>Klaus Stöber **</b>
<b>Albrecht Glaser</b>
<b>Jörn König</b>
<b>Jan Wenzel Schmidt</b>
Mariana Harder-Kühnel
Gerrit Huy
Norbert Kleinwächter
Martin Reichardt
Frank Rinck

<b>08 - Haushaltsausschuss</b>
<b>Peter Boehringer *</b>
<b>Ulrike Schielke-Ziesing **</b>
<b>Marcus Bühl</b>
<b>Dr. Michael Ependiller</b>
<b>Wolfgang Wiehle</b>
Dirk Brandes
Albrecht Glaser
Rüdiger Lucassen
Prof. Dr. Michael Kaufmann
Klaus Stöber

<b>09 - Wirtschaftsausschuss</b>
<b>Leif-Erik Holm *</b>
<b>Dr. Malte Kaufmann **</b>
<b>Enrico Komning</b>
<b>Uwe Schulz</b>
Dr. Michael Ependiller
Sebastian Münzenmaier
Bernd Schattner
Kay-Uwe Ziegler

<b>10 - Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft</b>
<b>Stephan Protschka *</b>
<b>Peter Felser</b>
<b>Frank Rinck</b>
<b>Bernd Schattner</b>
Dietmar Friedhoff
Steffen Janich
Enrico Komning
Uwe Schulz

<b>11 - Ausschuss für Arbeit und Soziales</b>
<b>René Springer *</b>
<b>Jürgen Pohl **</b>
<b>Gerrit Huy</b>
<b>Norbert Kleinwächter</b>
<b>Ulrike Schielke-Ziesing</b>
Roger Beckamp
Hannes Gnauck
Sebastian Münzenmaier
Tobias Matthias Peterka
Jörg Schneider

<b>12 - Verteidigungsausschuss</b>
<b>Rüdiger Lucassen *</b>
<b>Gerold Otten **</b>
<b>Hannes Gnauck</b>
<b>Jan Nolte</b>
Peter Felser
Dietmar Friedhoff
Martin Hess
Joachim Wundrak

Die parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag konzentriert sich in den ständigen Fachausschüssen. Diese wird in den gleichnamigen Arbeitskreisen der Fraktion weiter vertieft. Turnusgemäß wählte die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag ihre Vertreter in den Ausschüssen, die zugleich Mitglieder der jeweiligen Arbeitskreise sind, für die nächsten zwei Jahre (Stand 08.04.2024).

\* Leiter des Arbeitskreises

\*\* Stellvertretender Leiter des Arbeitskreises

*Kursiv: Obmann/Obfrau im Ausschuss*

**Gefettet: Ordentliches Mitglied**

Ungefettet: Stellvertretendes Mitglied

# D-Fraktion

Fraktion neu gewählt.

<b>13 - Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend</b>
Martin Reichardt *
Marianna Harder-Kühnel **
Gereon Bollmann
Thomas Ehrhorn
Kay Gottschalk
Nicole Höchst
Jan Wenzel Schmidt
Beatrix von Storch

<b>14 - Ausschuss für Gesundheit</b>
Martin Sichert *
Jörg Schneider **
Dr. Christina Baum
Thomas Dietz
Kay-Uwe Ziegler
Carolin Bachmann
Gereon Bollmann
Jürgen Braun
Martin Reichardt
Frank Rinck

<b>15 - Verkehrsausschuss</b>
Dr. Dirk Spaniel *
Wolfgang Wiehle **
René Bochmann
Dirk Brandes
Thomas Ehrhorn
Leif-Erik Holm
Dr. Rainer Kraft
Mike Moncsek

<b>16 - Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz</b>
Andreas Bleck *
Thomas Ehrhorn **
Jürgen Braun
Dr. Rainer Kraft
Karsten Hilse
Jan Nolte
Frank Rinck
Dr. Dirk Spaniel

<b>17 - Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe</b>
Jürgen Braun *
Martin Sichert **
Petr Bystron
Dietmar Friedhoff

<b>18 - Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung</b>
Nicole Höchst *
Dr. Götz Frömming **
Dr. Marc Jongen
Prof. Dr. Michael Kaufmann
Barbara Benkstein
Norbert Kleinwächter
Matthias Moosdorf
Martin Reichardt

<b>19 - Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung</b>
Markus Frohnaier *
Dietmar Friedhoff **
Edgar Naujok
Dr. Malte Kaufmann
Stefan Keuter
Prof. Dr. Harald Weyel

<b>20 - Ausschuss für Tourismus</b>
Sebastian Münzenmaier *
Mike Moncsek **
N. N.
Klaus Stöber

<b>21 - Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union</b>
Prof. Dr. Harald Weyel *
Jochen Haug **
Norbert Kleinwächter
Dr. Rainer Rothfuß
Peter Boehringer
Albrecht Glaser
Fabian Jacobi
Matthias Moosdorf

<b>22 - Ausschuss für Kultur und Medien</b>
Dr. Marc Jongen *
Martin E. Renner **
Dr. Götz Frömming
Beatrix von Storch

<b>23 - Ausschuss für Digitales</b>
Eugen Schmidt *
Barbara Benkstein **
Edgar Naujok
Beatrix von Storch
Nicole Höchst
Steffen Janich
Jörn König
Wolfgang Wiehle

<b>24 - Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen</b>
Marc Bernhard *
Roger Beckamp **
Carolin Bachmann
Sebastian Münzenmaier
René Bochmann
Stephan Brandner
Thomas Dietz
Stephan Protschka

<b>25 - Ausschuss für Klimaschutz und Energie</b>
Karsten Hilse *
Steffen Kotré **
Marc Bernhard
Dr. Rainer Kraft
Carolin Bachmann
Dirk Brandes
Dr. Götz Frömming
Leif-Erik Holm

<b>Wahlprüfungsausschuss</b>
N.N.
Jochen Haug

<b>I - Untersuchungsausschuss (Afghanistan)</b>
Stefan Keuter
Joachim Wundrak

# Rettet den deutschen Mittelstand



## Sofortprogramm der AfD-Bundestagsfraktion zur Rettung des Mittelstands

**L**andwirtschaft, Gastronomie und Transportgewerbe stehen aufgrund der wirtschafts- und bürgerfeindlichen Politik der Ampelregierung vor schwerwiegenden Herausforderungen. Die genannten Branchen leiden unter erheblichen Wettbewerbsnachteilen, herbeigeführt durch grüne Ideologie.

Die Regierungskoalition versucht jetzt, die immensen Kosten ihrer verschwenderischen Haushaltsführung durch Steuer- und Abgabenerhöhungen auf die Bauern, das Transportgewerbe und die Gastronomie abzuwälzen, anstatt Einsparungen im Bundeshaushalt – insbesondere bei ihren linksgrünen Lieblingsprojekten – vorzunehmen. Die Bauernschaft, das Handwerk, das Transportgewer-

be, die Gastronomen und tausende Bürger treibt es deswegen friedlich auf die Straße. Zahlreiche Betriebe fürchten um ihre Existenz, fleißige Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz.

Diese verantwortungslose Politik der Bundesregierung tragen wir nicht mit. Wir erklären unsere uneingeschränkte Unterstützung gegenüber den Bauern, die faire Bedingungen für ihre Branche einfordern und Steuererhöhungen ablehnen. Ebenso bekunden wir unsere Unterstützung gegenüber dem Transportgewerbe, das eine zentrale Rolle in der Versorgungskette spielt, sowie gegenüber der ohnehin schon gebeutelten Gastronomie, die nach den Corona-Zwangsschließungen der letzten Jahre von erheblichen Preiserhöhungen betroffen ist.



Die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel im Gespräch

Die AfD-Bundestagsabgeordneten Götz Frömming, Christian Wirth und Michael Ependiller mit einem Demonstranten (von links)



Spürbare Entlastung der heimischen Landwirtschaft durch eine Verdopplung der Agrardieselrück erstattung

Drucksache 20/3699

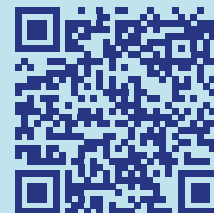
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/036/2003699.pdf>



Heimat braucht Bauern – Bäuerliche Familienbetriebe in Deutschland erhalten

Drucksache 20/5355

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005355.pdf>



**Wir fordern:**

1. die Beibehaltung und die zukünftige Verdopplung der Agrardieselrückvergütung. Des Weiteren stellen wir fest, dass es sich hierbei um eine Steuerrück erstattung und nicht um Subventionen handelt;
2. eine deutliche Reduzierung der Mautgebühren für das Transportgewerbe, um dessen Wettbewerbsfähigkeit zu stärken;
3. die Umsatzsteuer für die Gastronomie wieder auf sieben Prozent zu senken, um die Existenzgrundlagen dieser Branche zu sichern und zu erhalten;
4. die Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Steuer.

Die Bundesregierung muss die Anliegen der Bauern, des Transportgewerbes und der Gastronomie endlich ernst nehmen und diese Branchen nachhaltig stärken.

Bereits im Oktober 2022 haben wir eine spürbare Entlastung der heimischen Landwirtschaft durch eine Verdopplung der Agrardieselrück erstattung gefordert (Bundestagsdrucksache 20/3699) und uns für die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland eingesetzt (Bundestagsdrucksache 20/5355).

# Bürgergeld und kein Ende



Bildquelle: image-images.de / Götz Wetzlich

## Die AfD-Fraktion hatte davor gewarnt: Die Kosten für das sogenannte Bürgergeld steigen rasant – ein Ende der finanziellen Überlastung unserer Sozialsysteme ist nicht absehbar

**D**er deutsche Sozialstaat ächzt unter der Last, die ihm die Regierungen und die sie stützenden Bundestagsfraktionen seit Jahren aufbürden. Jahrzehntlang profitierte die Finanzierung der Sozialleistungen von den Reformen der Agenda 2010. Diese Reformen wurden aber weder weiterentwickelt noch an die aktuelle wirtschaftliche Lage angepasst. Das System der sozialen Absicherung geriet zusehends in eine finanzielle Schiefelage. Die unkontrollierte Zuwanderung von Menschen aus allen Weltgegenden und ein Bürgergeld, das einem bedingungslosen Grundeinkom-

men gleichkommt, verschärfen die finanzielle Krise unserer sozialen Sicherungssysteme zusätzlich. Mit den Folgen dieser desaströsen Sozialpolitik der Bundesregierung sind wir, der Arbeitskreis Arbeit und Soziales, in unserer parlamentarischen Arbeit täglich konfrontiert.

Besonders eindrücklich zeigt sich diese fatale Entwicklung beim erwähnten Bürgergeld: Bezogen im Jahr 2015 noch rund 4,5 Millionen Deutsche Leistungen nach Hartz IV, so waren es im Dezember 2022 nur noch rund 2,9 Millionen. Im Gegensatz





Jobcenter (hier in Augsburg): »Bürgergeld« heißt es, Ausländer bekommen es

dazu erhielten im Jahr 2015 rund 1,4 Millionen Ausländer finanzielle Unterstützung nach Hartz IV, deren Zahl bis zum Dezember 2022 auf rund 2,5 Millionen anwuchs.

Kurz gefasst: Die deutschen Hartz-IV-Bezieher wurden jedes Jahr weniger, die ausländischen Hartz-IV-Bezieher jedes Jahr mehr.

**»Bürgergeld« heißt es, Ausländer bekommen es**

Seit letztem Jahr heißen die Hartz-IV-Leistungen Bürgergeld und statt in Anbetracht der sich verschärfenden Einwanderung in die Sozialsysteme die sozialpolitische Notbremse zu ziehen, hat die Bundesregierung die Sanktionsmöglichkeiten für notorische Arbeitsverweigerer beim Bürgergeld entschärft und parallel dazu die Leistungen erhöht. Im ersten Jahr des Bürgergeldbezugs werden die Wohnungskosten sogar ohne Obergrenze über-

nommen. Wie zu erwarten war, haben diese Maßnahmen zu einer Verschärfung der finanziellen Lage geführt.

Angesichts des Handelns der Bundesregierung und der ununterbrochenen Zuwanderung ist absehbar, dass die Anzahl der ausländischen Bürgergeldempfänger die der deutschen demnächst übersteigt: Im Oktober 2023 war der Abstand zwischen beiden Gruppen auf rund 250.000 Personen zusammengeschrumpft – 2.860.358 Deutsche im Bürgergeld (52,3 Prozent) standen 2.603.851 Ausländern im Bürgergeld (47,7 Prozent) gegenüber.

Dabei bereiten nicht nur diese absoluten Zahlen Sorgen, sondern vor allem das Verhältnis von Bürgergeldempfängern bezogen auf die jeweilige Gesamtbevölkerung. Während im Oktober 2023 5,2 Prozent der Deutschen Bürgergeld erhielten, waren es bei den Ausländern 20,9 Prozent. Noch düsterer sah im letzten Jahr die Lage bei den Migranten aus den



wichtigsten Asylherkunftsländern aus: Von dieser Gruppe bezogen im Oktober 2023 44,5 Prozent Bürgergeld. Diese Zahlen dokumentieren den Ausverkauf des deutschen Sozialstaats.

Nur durch beharrliches Nachfragen bei der Bundesregierung mit Kleinen Anfragen und schriftlichen Einzelfragen sowie mit Anträgen an den Bundestag gelang es uns, diese Daten sichtbar zu machen. So konnten wir nachdrücklich auf eine Entwicklung aufmerksam machen, über die die Ampelregierung schweigt: Die mit Vehemenz vorangetriebene Zuwanderung in Deutschland führt nachweislich nicht zu den positiven wirtschaftlichen Effekten, die ständig von Wirtschaftsräten und der etablierten Politik in Aussicht gestellt werden. Tatsächlich mehren sich stattdessen die Krisen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen:

- Der durch die Migration erheblich verschärfte Wohnungsmangel in den Großstädten lässt die Mieten explodieren und treibt Rentner sowie die unteren Einkommensschichten in die Armut.
- Die Schulen können ihren didaktischen Auftrag aufgrund der ihnen aufgebürdeten Integrationslast nur noch in sehr geringem Umfang erfüllen. Die Folgen sind verheerend: Deutschland hat mittlerweile die vierthöchste Schulabbrecherquote in der EU.
- Die öffentliche Sicherheit erodiert auf besorgniserregende Weise. Die Notaufnahmen von Krankenhäusern müssen von der Polizei vor randalierenden Clan-Mitgliedern geschützt werden.

Die Fehlleistung, ein Bürgergeld für nahezu jeden einzuführen, der es nach Deutschland geschafft hat, verschärft die finanzielle Notlage der Sozialkassen und ist ein weiterer Beleg für eine gescheiterte Regierungspolitik.

### **Japan und Südkorea zeigen, wie es anders geht**

Dass man dem demographischen Wandel auch ganz anders begegnen kann als mit linksgrün-liberalem Laissez-faire bei der Zuwanderung, beweisen derweil Japan und Südkorea. Dort wird auf eine umfassende Digitalisierung und Automatisierung der Arbeitswelt gesetzt, um den Bevölkerungsschwund

zu kompensieren und das eigene Land nicht durch unregelmäßige Migration auf allen Ebenen zu destabilisieren.

Mit unserem Antrag »Technisierung statt Zuwanderung – für einen Arbeitsmarkt der Zukunft« (Drucksachennummer 20/5225) haben wir diesen Ansatz als eine Alternative zur aktuellen Regierungspolitik in den Bundestag eingebracht. Zweifelsohne ist es aber noch ein langer Weg, bevor wir in Deutschland das erreichen, was Japan und Südkorea auszeichnet: Beide Länder haben den Willen und die Kraft, die Zukunft zum Wohl ihrer Bürger zu gestalten.

### **Sozialsystemereformieren, um Wohlstand zu bewahren**

Um wirtschaftlich wieder wettbewerbsfähig zu werden und unsere Sozialsysteme zu ordnen, müssen hier zunächst Fehlanreize und Barrieren abgebaut werden. Im Bereich des Bürgergelds haben wir dazu bereits einen Vorschlag unterbreitet: »Aktivierende Grundsicherung statt bedingungslosem Grundeinkommen – Einführung von Bürgerarbeit« (Drucksachennummer 20/3943). Wir wollen den Wohlstand und die soziale Sicherheit, die unsere Eltern, Großeltern und Urgroßeltern aufgebaut haben, bewahren und streiten in den Plenar- und Ausschusssitzungen des Bundestages für eine Politik, die das gewährleistet.



**Technisierung statt Zuwanderung – Für einen Arbeitsmarkt der Zukunft**

Drucksache 20/5225

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/052/2005225.pdf>



**Aktivierende Grundsicherung statt bedingungslosem Grundeinkommen – Einführung von Bürgerarbeit**

Drucksache 20/3943

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003943.pdf>

# Was folgt aus PISA?



Kinder mit und ohne Deutschkenntnisse für den gemeinsamen Erfolg getrennt unterrichten

Drucksache 20/7575

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/075/2007575.pdf>



Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur

Drucksache 20/7669

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/076/2007669.pdf>



## Erneut fällt die Bilanz der PISA-Studie für Deutschlands Schüler ernüchternd aus. Die AfD-Fraktion zeigt, wie wir aus der Bildungsmisere herausfinden und wieder zur Wissensnation werden

**E**s ist eine traurige Tradition. Im vergangenen Dezember hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Ergebnisse ihrer Schulleistungsstudie »PISA« für das Jahr 2022 vorgestellt – mit katastrophal schlechten Noten für Deutschland. PISA steht für »Programme for International Student Assessment« und ist die größte Schulleistungsvergleichsstudie. Im Rahmen dieser Studie werden die Kompetenzen von 15-jährigen Jugendlichen beim Lesen, in der Mathematik und den Naturwissenschaften erfasst. Im Jahr 2022 haben sich 690.000 Schüler aus 81 Ländern an der Studie beteiligt; es ist das erste PISA-Ergebnis nach der Corona-Pandemie.

Dabei haben die deutschen Schüler so schlecht abgeschnitten wie noch nie zuvor. In Zahlen ausgedrückt: Im Bereich der Mathematik erreichten sie – bei einem Mittelwert von 500 Punkten – einen Punktwert von 475; bei der vorherigen Studie, die 2019 veröffentlicht wurde, waren es noch 500. Im Lesen kamen sie auf 480 (2019: 498), in den Naturwissenschaften auf 492 Punkte (2019: 503).

Eine der Ursachen für das schlechte Abschneiden der deutschen Schüler sehen die Autoren der Studie in der Corona-Pandemie. Die Folgen der von der Bundesregierung getroffenen Lockdown-Maßnahmen zeigen jetzt, Jahre später, das wahre Ausmaß einer fehlgeleiteten Politik.

## Der überzogene Lockdown und seine negativen Folgen

Ein Beispiel hierfür sind die Schulschließungen, die nachweislich einen negativen Effekt auf den Kompetenzerwerb hatten – ein Problem, vor dem die AfD-Fraktion seit Beginn der Schulschließungen warnte. Ein weiterer Faktor für die schlechten Ergebnisse sind fehlende Sprachkenntnisse, wie die PISA-Studienleiterin Prof. Dr. Doris Lewalter kommentiert: »Ein zentraler Grund ist sicherlich, dass wir es nicht geschafft haben, eine frühe Sprachförderung für alle, die sie benötigen, durchgängig sicherzustellen«. Auch hier bestätigen sich unsere berechtigten Sorgen, die wir bereits lange vor Veröffentlichung der jüngsten PISA-Studie mit dem Antrag »Kinder mit und ohne Deutschkenntnisse für den gemeinsamen Erfolg getrennt unterrichten« (Bundestagsdrucksache 20/7575) äußerten.

Um dem Schulunterricht erfolgreich folgen zu können, müssen Kinder und Jugendliche in der Lage sein, sich zu verständigen – das gelingt jedoch nur mit einer soliden sprachlichen Ausbildung. Diesem Grundsatz läuft der mit den Migrationswellen der vergangenen Jahre einhergehende Versuch zuwider, eine enorm hohe Anzahl von nichtmutter-sprachlichen Kindern unmittelbar in den Regelschulbetrieb zu integrieren. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Unser Antrag weist hier den Weg zu einem verbindlichen Vorschulprogramm für Kinder in den Klassenstufen 1 bis 4, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, um eine Grundschule in Deutschland zu besuchen. Die Volkshochschulen sind für diesen gesonderten Unterricht bestens vorbereitet; insbesondere bei deren Tochtergesellschaften – wie dem gemeinnützigen Bildungsanbieter telc – bestehen bereits die erforderlichen Strukturen für die Unterrichtung dieser Zielgruppe.

Als flankierende Maßnahme nimmt die AfD-Bundestagsfraktion zudem den Sanierungsstau an unseren Schulen, der sich mittlerweile auf einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag beläuft, in den Blick. Angesichts der seit dem Jahr 2015 anhaltenden ungesteuerten Masseneinwanderung und dem daraus resultierenden drastischen Anstieg der Schülerzahlen setzen wir uns mit dem Gesetzentwurf »Steigerung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur« (Bundestagsdrucksache 20/7669) unter anderem für die Errichtung eines kommunalen Schulinvestitionsförderfonds ein. Aus diesem Fonds sollen die zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur notwendigen Finanzhilfen an die Bundesländer gezahlt werden.

Diese Maßnahmen können der aktuellen Bildungsmisere zwar entgegensteuern; sie lösen aber nicht die zugrunde liegende Problematik. Die Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion beklagen seit Langem die linke und von Ideologien geprägte Bildungspolitik der Vergangenheit. In der Schule werden seit vielen Jahren die falschen Prioritäten gesetzt; so werden zahlreiche Unterrichtsstunden für politisch motivierte Projekte wie »Kampf gegen rechts« oder »Demokratie leben!« verplant. Was nützen solche Projekte, wenn die Schüler nicht richtig schreiben, lesen und rechnen können?

## AfD-Bundestagsfraktion legt Plan zur Bildungsreform vor

Die zunehmende Digitalisierung an den Schulen sehen wir ebenfalls überwiegend kritisch. Hier wird viel Geld ausgegeben, das für dringendere Anliegen genutzt werden könnte – beispielsweise zur Behebung des Lehrermangels. Der vielgepriesene Inklusionsunterricht belastet die Lehrer zusätzlich: Zur Bewältigung dieser Aufgabe fehlen sowohl die nötigen Lehrkräfte als auch Therapeuten und Schulbegleiter. Hinzu kommt, wie eingangs erwähnt, der Versuch, eine enorme Anzahl von nichtmutter-sprachigen Kindern (allein 200.000 davon aus der Ukraine) in den Regelschulbetrieb zu integrieren. Da dies nur schlecht gelingt, sind die Leidtragenden deutschsprachige wie fremdsprachige Schüler gleichermaßen – und nicht zuletzt die Lehrer selbst.

Diese Zusammenhänge bleiben oft unerwähnt, sie sind jedoch für die schlechten Ergebnisse der letzten PISA-Studien maßgeblich mitverantwortlich. Um die Missstände im Bildungsbereich zu beheben, müssen die klassische Bildung, der Wissenserwerb sowie Leistungsbereitschaft und Disziplin in unseren Schulen wieder stärker gefördert und vorgelebt werden. Gerade auch vor dem Hintergrund des nach wie vor ungebremsten Zustroms von Migranten, häufig aus anderen Kulturkreisen und bildungsfernen Schichten, ist eine Rückbesinnung auf klassische Bildungsziele – wie die sichere Beherrschung der deutschen Sprache, Lesen, Schreiben und Rechnen – wichtiger denn je.



# Zeit für Grundsätzliches

## Jahresanfangsklausur der AfD-Fraktion

In der Hektik des parlamentarischen Alltags bleibt zwischen Ausschusssitzungen, Arbeitskreistreffen und Bundestagssitzungen meist kaum Gelegenheit für tiefere, langfristige Planungen und Diskussionen. Die AfD-Fraktion nimmt sich daher regelmäßig Zeit, um für ein oder zwei Tage auf einer Klausurtagung jenseits der Tagesroutine die Schwerpunkte ihrer parlamentarischen Arbeit in den kommenden Wochen und Monaten festzulegen sowie ausführlich und ohne Zeitdruck über Grundsätzliches zu sprechen.

Auf der Tagesordnung der Klausur der AfD-Fraktion am 14. Januar 2024 im Bundestag standen unter anderem die Themen Altersarmut, Alternativen zum Bürgergeld, die Perspektiven einer Wirtschafts-

politik nach der Ampel sowie die Möglichkeiten und Auswirkungen der Künstlichen Intelligenz (KI).

Ein Landwirt berichtete den Abgeordneten eindrücklich von den Sorgen und Nöten der Bauern in Deutschland, von denen nicht erst seit den Plänen der Ampel zur Streichung der Steuererleichterungen für Agrardiesel viele um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfen.

Am Ende der Klausur beschloss die AfD-Fraktion ein Sofortprogramm zur Rettung des Mittelstands (siehe Seite 14). Auf der Grundlage dieses Programms wird die Fraktion insbesondere bis zur Sommerpause 2024 verstärkt parlamentarische Initiativen entwickeln.

# AfD-Fraktion lädt die Presse ein

Großes Interesse für den Presseempfang der AfD-Fraktion



**E**s ist mittlerweile zur Tradition geworden: Bereits zum vierten Mal hat die AfD-Bundestagsfraktion einen Presseempfang veranstaltet. Am 31. Januar dieses Jahres trafen sich im Abgeordnetenrestaurant des Deutschen Bundestages rund hundertfünfzig Gäste; Mitglieder der Fraktion und Journalisten nutzten die Gelegenheit, um im lockeren Gespräch über Themen jenseits der Tagespolitik zu sprechen. Ob nun neue Kontakte geknüpft oder alte Bekanntschaften erneuert wurden – in einem Punkt waren sich alle einig: Auch wenn man die politischen Auffassungen des Gegenüber nicht immer teilt, ist es wichtig, im Gespräch zu bleiben.



## IMPRESSUM

**Herausgeber:**

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Dr. Götz Frömming MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer

**Kontakt:**

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Bürgerbüro  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227 57141  
Telefax: 030 227 56349  
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

**Herstellung und Redaktion:**








Pressestelle und Mediengestaltung

**Bildnachweis:** AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

**Stand:** April 2024

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteipromotion und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

## FOLGEN SIE UNS

-  [AfDBundestag.de](https://www.afdbundestag.de)
-  [fb.com/AfDimBundestag](https://www.facebook.com/AfDimBundestag)
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  [youtube.com/AfDFraktionimBundestag](https://www.youtube.com/AfDFraktionimBundestag)
-  [instagram.com/afdimbundestag/](https://www.instagram.com/afdimbundestag/)
-  [tiktok.com/@afdfraktionimbundestag](https://www.tiktok.com/@afdfraktionimbundestag)
-  Rundbrief-Abonnement:  
<https://t1p.de/ycsg>

